

■ Blindgeschlagen oder nur ein blaues Auge?

Anmerkungen zum Haushaltsentwurf NRW 2003

In den heutigen Zeiten der leeren Kassen der öffentlichen Haushalte erhält ein Minister schon Lob von allen Seiten, wenn er einen Haushaltsentwurf mit »nur« 10% Kürzungen vorlegt.

So geschehen beim Treffen der Kulturkonferenz des Landes NRW mit Herrn Minister Dr. Vesper am 13.07.2002 in Bielefeld.

»Das waren die schwierigsten Haushaltsberatungen, die ich in den sieben Jahren meiner Zugehörigkeit zur Landesregierung erlebt habe«, führte Vesper in die Diskussion ein.

In der Tat waren im Vorfeld der Veröffentlichung die abenteuerlichsten Meldungen nach Außen gedrungen. Von bis zu 30% Kürzung oder gar einer Halbierung des Kulturetats war die Rede.

So betrachtet, ist die Kultur im Landeshaushalt in Nordrhein-Westfalen mit einem blauen Auge davongekommen, wenn auch die nun getroffenen Einschnitte schmerzen.

Allen vermeintlichen Kritikern wurde im Vorfeld der Wind aus den Segeln genommen, indem auch das Renommierprojekt der Landesregierung, die Ruhr Triennale, mit 300 000 Euro zur Konsolidierung beiträgt. Mit einer Kürzung des Ansatzes für die Re-

gionale Kulturpolitik um fast 50 Prozent ist am deutlichsten von einer bisherigen Schwerpunktsetzung der Landesregierung abgewichen worden. Alle Kritiker wird dies freuen, die Opposition im Landtag konnte mit diesem Ansatz der strukturellen und regionalvernetzten Kulturpolitik nie etwas anfangen.

Dass ausgerechnet die Kooperation an der Rheinscheine als Modell für eine erfolgreiche Regionale Kulturpolitik unter veränderten Bedingungen (gemeint ist wenig Geld!) angeführt wird, erscheint angesichts der bisher realisierten Projekte als Hohn.

Deutlichere Schwerpunktsetzung und stärkere Profilierung von Einzelprojekten in den Regionen wird als Konsequenz der Kürzungen angekündigt. Man wird gespannt verfolgen, wie die Ergebnisse sich darstellen oder ob nicht mit dem Haushalt 2003 der Einstieg in den Ausstieg eines für ein Flächenland wie Nordrhein-Westfalen so hoffungsvollen Politikansatzes geprobt wird.

Nicht übertragen wurde eine Erhöhung der Mittel in 2002 für die Kultursekretariate Wuppertal und Gütersloh, so dass wie 2001 rd. 1,5 Mio. Euro für die Unterstützung und Netzwerkarbeit in Projekten der Kommunen zur Verfügung stehen. Gerade beim Thema

der Sekretariate hatte man im Vorfeld immer wieder von einer drohenden Verabschiedung des Landes aus der Förderung gemunkelt.

Bei der Theaterförderung gehen die Kürzungen von rd. 7% zu Lasten der kommunalen Theater, während die Landes- und Privattheater der freien Szene, insbesondere der Kinder- und Jugendtheater, ungeschmälert bleiben.

Angesichts der erschreckenden Testate der Pisa-Studie über die Lesekompetenz der deutschen Schüler schmerzt die Verringerung des ohnehin sehr geringen Literaturansatzes um weitere 120.000 Euro und die Kürzung der Bibliotheksförderung um 1,1 Mio. Euro besonders. Ein schwacher Trost ist die Willensbekundung, dass im Wesentlichen außerschulische Bildungsangebote und Programme zur Steigerung der Lesekompetenz von Kindern und Jugendlichen verwendet werden. Wenn man wiederum weiß, dass viele Literaturprojekte gerade der Literaturbüros nur aus Mitteln der Regionalen Kulturpolitik (s.o.) finanziert wurden, erscheint die Situation dramatisch!

Ähnlich wie im Theater- und Bibliotheksbereich wird in der Musikförderung hauptsächlich bei den kommunalen und privaten

Außerordentliche Mitgliederversammlung der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.

Donnerstag, 3. Oktober 2002 in Leipzig



Thema: »Kulturpolitik in Ostdeutschland«

14.00 Uhr	Begrüßung und Eröffnung der Versammlung <i>Dr. Oliver Scheytt</i> , Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.	<i>Prof. Dr. Josef Walch</i> , Bundesvorstand Deutscher Kunstzeiger, Halle <i>Christiane Ziller</i> , Gf. der Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren und Vorstandsmitglied der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V., Potsdam
14.15 Uhr	Die Kulturpolitische Gesellschaft in den ostdeutschen Bundesländern – Mitglieder, Aktivitäten, Pläne <i>Dr. Norbert Sievers</i> , Geschäftsführer der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.	Moderation <i>Dr. Oliver Scheytt</i> , Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.
14.30 Uhr	»Die kulturelle Substanz darf keinen Schaden nehmen.« (Verfassungs-)Anspruch und Wirklichkeit Eingangstatements <i>Dr. Georg Girardet</i> , Kulturdezernent der Stadt Leipzig <i>Tobias J. Knoblich</i> , Geschäftsführer der Landesarbeitsgemeinschaft LAG Soziokultur Sachsen, Dresden	16.00 Uhr Kaffeepause 16.30 Uhr Fortsetzung der Diskussion unter der Fragestellung: Was kann die Kulturpolitische Gesellschaft tun? Anregungen, Ratschläge und Empfehlungen aus dem Plenum. Welche Zukunft hat die Kultur in Ostdeutschland? Moderation <i>Dr. Iris Magdowski</i> , Vizepräsidentin der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.
	Podium <i>Thomas Krüger</i> , Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn <i>Edda Seifert</i> , Kulturpolitikerin und Publizistin, Berlin <i>Dr. Lutz Vogel</i> , Kulturdezernent der LH Dresden	18.00 Uhr Ende der Veranstaltung

Alle Mitglieder und Interessierte sind herzlich eingeladen! Auf Wunsch schicken wir Ihnen die Einladungs- und Informationsflyer zu. Auch zu finden unter www.kupoge.de.

Orchestern (rd. 1,2 Mio. Euro) gekürzt und damit das Problem auf die kommunalen Haushalte verlagert. Die nun beginnenden Haushaltsberatungen in den Städten und Gemeinden werden zeigen, ob die Kultur im Lande insgesamt mit einem blauen Auge davon kommen wird oder ob das böse Erwachen nur zeitversetzt im Herbst zu erwarten ist.

Als bedenklich ist eine Überlegung zu nennen, die am Rande der Haushaltsberatungen bekannt wurde, den Kulturhaushalt aber nicht direkt berührt. NRW kann sich rühmen, für jede Sparte der Kultur ein Landesbüro zu unterhalten. Diese Büros leisten gute Arbeit im direktem Kontakt mit den Künstlerinnen und Künstlern und den Vertretern der jeweiligen Zielgruppen. So auch beim Filmbüro NRW mit Sitz in Mülheim, welches bei der Staatskanzlei im Haushalt geführt wird.

Mit dem Argument des knappen Geldes sollen diese Bestrebungen nun umgesetzt werden, das Filmbüro NRW soll der Filmstiftung zugeschlagen werden.

Nun kann man Überlegungen der Verschlankung und Mittelkonzentration nicht grundsätzlich die Berechtigung absprechen, in diesem Falle geht es aber um inhaltlich vollkommen andere Ansätze und Zielgruppen. Fördert die Filmstiftung das große, kommerzielle Kino, geht es beim Filmbüro NRW, ähnlich wie bei den anderen Landesbüros, um die Künstlerinnen und Künstler, um die Förderung des künstlerischen oder dokumentarischen Filmes, der nicht »von vornherein in einem kommerziellen Verwertungszusammenhang steht«, und die Vertriebsförderung.

Des Weiteren versteht sich das Büro auch als Interessensvertretung der FilmemacherInnen in Nordrhein-Westfalen, leistet Netzwerkarbeit. Ganz wichtig dabei sind die selbstverwalteten Gremien. All dies wäre bei einem Zusammengehen mit der Filmstiftung in großer Gefahr.

Nimmt man gleichzeitig die Kürzung im Ansatz der Filmförderung im Kulturhaushalt von 1,1 Mio auf 970.000 Euro, also um 140.000 Euro, dazu, dann kann einem um die Fürsorge für die Kunstsparte Film im Medienland NRW Angst und Bange werden. Dies scheint aber Methode, wenn man die Vorwürfe gegenüber der Kunsthochschule für Medien in Köln registriert und den Ruf nach einer »für den Markt« ausbildenden Filmschule richtig einordnet.

Vielleicht nur ein Teilbereich, vielleicht aber ein weiterer Schritt in die Instrumentalisierung und Kommerzialisierung von Kunst. Alle Kunst- und Kulturschaffende müssen an dieser Stelle wachsam sein und sich zu Wort melden.

Der Kulturrat NRW wird seinen Part dabei verantwortungsbewusst und engagiert übernehmen.

*Hans-Georg Bögner,
Vorsitzender des Kulturrats NRW*